

Zur Zukunft des Multireligiösen Zusammenlebens - Tendenzen und Chancen

Bernd Neuser

Seit Anfang der 70er Jahre führen die Evangelischen Kirchen in Deutschland den Dialog mit dem Islam. Tatsächlich lebt der Dialog der Religionen mehr aus der Praxis als aus der Theorie. Darum möchte ich Ihnen anhand praktischer Beispiele meines Erfahrungshorizonts aus Deutschland Tendenzen und Möglichkeiten des Zusammenlebens der Religionen aufzeigen, die hoffentlich auch für die Entwicklung in der Türkei von Interesse sind.

1. Das Beispiel eines Moscheebaukonflikts

Ich beginne mit einem Praxisbeispiel aus Dortmund-Hörde, einem industriell geprägten Stadtteil im größten deutschen Industriegebiet, dem Ruhrgebiet. Dortmund-Hörde lebt seit seiner Gründung von Kohle und Stahl, die Stahlproduktion liegt mitten im Ort und die sogenannte Hörder Fackel, ein Schornstein, auf dem Tag und Nacht Gas abgebrannt wird, leuchtet nachts wie ein Symbol über dem Stadtteil. Mit dem Ende der Stahlproduktion in Dortmund wurde die ganze Produktionsanlage nach China verkauft und es blieb ein riesiges, freies und ödes Gelände, offen wie eine Wunde. Wenige Straßen weiter in der Hermannstraße ist die türkisch-muslimische Ditib-Gemeinde. Für ihre Gebete hat sie ein altes Gebäude, das kaputt und viel zu klein ist. Nach einigem Zögern stellt die städtische Verwaltung der Moscheegemeinde ein größeres Grundstück zur Verfügung auf dem sie nicht nur eine repräsentative Moschee, sondern auch ca. 40 Wohnungen bauen kann. In Deutschland ist es fast verlässlich, dass es Widerstände gibt gegen den Bau von Moscheen. Auch hier sammelt sich eine Bürgerinitiative und versucht zu protestieren. Die übrige Bevölkerung ist abwartend bis negativ gestimmt. Zu einer Demonstration der Bürgerinitiative kommen nur zwanzig Menschen, damit scheint der Protest ins Leere zu laufen. Im kommunalen Wahlkampf meldet sich die Schill-Partei, eine rechtspopulistische Partei, die versucht mit Stimmen gegen die Moschee Unterschriften und Mitglieder zu sammeln. Sie bekommt aber bei der Wahl wenige Stimmen. 2004 versuchen nationalistische Neonazis mehrere Male mit großen Aufmärschen Unruhe in den Stadtteil zu bringen, indem sie gegen Ausländer im Stadtteil und gegen die Moschee demonstrieren. Menschenrechtsvereine, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien schaffen es gemeinsam, dass bei einer Gegendemonstration den 500 Neonazis 2500 Gegendemonstranten gegenüberstehen. Damit ist der Versuch, den Protest der Bürger zu instrumentalisieren, gescheitert, dennoch ist in der normalen Bevölkerung das Verständnis für den Moscheebau wenig gewachsen.

Der Kirchenkreis erarbeitet ein Papier namens „Begegnung fördern. Für eine gute Nachbarschaft von Christen und Muslimen im Dortmunder Süden“ und

beteiligt daran die regionalen und überregionalen Beauftragten der Kirchen für den Islam. Auf einer Synode weist der Kirchenkreis auf die im deutschen Grundgesetz verbriefte Religionsfreiheit hin und spricht sich für ein friedliches Zusammenleben der Religionen, für den Respekt vor der islamischen Religion und für das Recht der Muslime aus, für ihre Gebete einen repräsentativen Platz zu finden. Damit hat die Kirche deutlich für den Bau der Moschee Stellung bezogen. Gleichzeitig gründet sie einen runden Tisch, und versucht eine Versöhnung zwischen den Moscheegegnern und der islamischen Gemeinde herzustellen. Damit versucht der Kirchenkreis den Schmerz der Bürger über den Verlust ihrer industriellen Mitte zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Trauerprozess heraus ist es dann auch möglich, dass dieser Stadtteil Dortmund-Hörde neue Symbole bekommt, wie z.B. ein Minarett und eine Moschee mit einer großen Kuppel. Der Kirchenkreis hält dem Protest stand, der auch aus den eigenen Gemeinden kommt. In den nächsten Monaten kann voraussichtlich die Gemeinde mit dem Bau ihrer Moschee beginnen.

Das Zusammenarbeiten von Kirchen und Moscheegemeinden funktioniert in Deutschland keineswegs immer so positiv wie in diesem genannten Beispiel. Es ist aber der Säkularisierungsprozess, der zunehmend die Religionen in Deutschland zusammenrücken lässt. Was die Kirchen seit Jahrzehnten erleben an Rückgang in der Mitgliederzahl und Rückgang in der gelebten Frömmigkeit, erleben längst auch muslimische Gemeinden in Deutschland. Traditionelle Formen der Religion sind weniger gefragt und die Religionen wissen, dass sie es nur gemeinsam verhindern können, im Sinne einer französischen *Lacit * zu erleben, dass Religionen gänzlich aus der Öffentlichkeit in das Privatleben gedrängt werden.

2. Das Kopftuchgesetz

Vor wenigen Tagen haben sich die katholischen und die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet, weil die Landesregierung ein Gesetz erlassen wird, das muslimischen Lehrerinnen das Kopftuch an den Schulen verbietet. Dagegen treten die Kirchen dafür ein, dass aus Gründen der Religionsfreiheit in Nordrhein-Westfalen muslimische Lehrerinnen auch mit Kopftuch unterrichten können. Zwar sehen die Kirchen durchaus die Gefahr, dass konservative muslimische Lehrerinnen auf die Schülerinnen Einfluss nehmen gegen eine Gleichberechtigung von Mann und Frau oder sogar islamistische Inhalte unterrichten könnten. Sie verbinden dieses aber nicht mit dem Kleidungsstück des Kopftuchs. Allerdings fordern sie von diesen Lehrerinnen, dass sie sich tolerant verhalten zu den Schülerinnen, die kein Kopftuch tragen. Die Kirchen betonen die Religionsfreiheit als ein von der Verfassung Deutschlands gesch tztes Gut. Das Beispiel des Kopftuchgesetzes zeigt, dass die Religionen diese Religionsfreiheit nicht gegeneinander einfordern können, sondern nur miteinander.

3. Dialog im Wandel

Der Dialog zwischen Kirchen und Moscheen verändert sich.

Nach dem 11. September sind die Kritiker lauter geworden und fragen nach dem Erfolg. Sicherlich ist es schwer, in einer Arbeit, die auf Verständigung und den Aufbau von Beziehungen ausgerichtet ist, nach einem Erfolg zu fragen. Festzustellen ist jedoch, dass es – wenn wir den Dialog in Deutschland betrachten - in den letzten Jahren Zehntausende von Menschen gewesen sind - darunter ein großer Anteil von Schülerinnen und Schülern - die eine Moschee besucht haben und dabei Muslime und ihren Glauben kennen gelernt haben. Ohne all diese Begegnungen hätte der Schock nach dem 11. September 2001 in Deutschland vermutlich noch ganz andere Folgen gehabt.

Längst hat ein „Dialog über den Dialog“ begonnen, der den Weg der Kirchen und Moscheeverbände reflektiert. Je länger und je besser sich die Dialogpartner kennen, desto offener und kontroverser können sie die schwierigen Fragen angehen, die Verletzungsgefahren bergen. Wir muten einander mehr zu, darin besteht der Wandel. Wir lernen aber auch gemeinsam, dass die großen Diskussionen, die wellenartig die deutsche Öffentlichkeit beschäftigen – sei es die Thematik des muslimischen Schlachtens, der Streit um das Kopftuch oder die Frage nach dem Recht der Frauen im Islam - keine Katastrophe für den Dialog sind. Diese Diskussionen finden statt und können den Diskurs sogar voranbringen, wenn die angesprochenen Themen rechtzeitig bearbeitet und nicht in Form von Kampagnen, sondern im sachlichen Diskurs öffentlich ausgetragen werden. Für eine wachsende Konfliktfähigkeit der Kirche steht die interkulturelle Konfliktmediation. Mit Konfliktmediation ist ein von zwei Streitparteien gemeinsam verantworteter Prozess gemeint, in dem die beiden Seiten mit Hilfe eines professionellen Moderators ihre Interessen so verhandeln, dass es zu einer sachlichen und für beide Seiten befriedigenden Lösung kommt.

In den ersten Jahren des Dialogs beruhten Konflikte meist auf Verständnisproblemen, wohingegen gegenwärtige Streitpunkte überwiegend Interessenkonflikte sind. Wenn es um Interessen geht, sind Konflikte nicht mehr zu vermeiden, es geht vielmehr darum, wie sie ausgetragen werden. Hier kann die Kirche eine moderierende Rolle bekommen und durch Professionalität zu einer sachlichen Form der Auseinandersetzung beitragen, die ohne persönliche Verletzungen auskommt.

Kennzeichnend für die Arbeit des Dialogs der Kirchen ist die Tatsache, dass jahrzehntelang die kirchlichen Islambeauftragten die einzigen Gesprächspartner der muslimischen Gemeinden waren. Die Rolle der Kirchen war in dieser Situation oft die eines Bindeglieds und Vermittlers, wenn politische Kräfte sich außerstande sahen, direkt an einen Moscheeverband heranzutreten. Überwiegend haben sich mittlerweile längst auf kommunaler Ebene Wege des Gesprächs zwischen Politik, Verwaltung und Moscheegemeinden gefunden. Dennoch sind dies oft verschlungene Pfade, weil in Nordrhein-Westfalen die Anerkennung der Moscheeverbände als Religionsgemeinschaften – mit Ausnahme der alevitischen Gemeinden – immer noch aussteht. Räten der Religionen auf Stadtebene unter Beteiligung der Kirchen- und Moscheegemeinden machen hoffentlich weiter Schule. Noch allerdings sind

andere europäische Länder wesentlich weiter, wenn es um eine direkte Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Islam geht.

4. Ausdifferenzierung im Dialog

Auch wenn Dialog vieler Orten gelingt, ist die Islamophobie in vielen Ländern Europas in den letzten Monaten gestiegen. Dies ist auch für Deutschland festzustellen: Das Zentrum für Türkeistudien stellte 2003 bei 34 % der Deutschen ein Misstrauen gegenüber Muslimen fest, 2004 waren es schon 39 %. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat deshalb auf ihrer Synode im November 2005 die Bedeutung der Toleranz betont.

Insgesamt ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende eine Ausdifferenzierung im Dialog zu verzeichnen. In vielen Berufszweigen haben sich spezielle Ausbildungsgänge in Interkultureller Kompetenz herausgebildet. Dies gilt z.B. für Lehrer, Erzieherinnen in Kindertagesstätten, Polizisten, Krankenpflegepersonal bis hin zu Verwaltungslehrgängen für Staatsangestellte, die viel mit Migranten zu tun haben. Viele Missverständnisse, die man früher durch unterschiedliche Mentalität erklärt hat, werden heute zu Recht auf religiöse Missverständnisse zurückgeführt. Man kann sagen, dass interkulturelle Kompetenz langsam zu einer Art der Qualifizierung geworden ist, die durchaus karriererelevant ist.

Eine Sensibilisierung der Menschen ist wesentlich wichtiger als Anti-Diskriminierungs-Gesetze, die in der Praxis nur sehr mühevoll anwendbar sind.

5. Jugendarbeit: Die Interreligiöse Aktion „Grünhelme“

Entsprechend den „Blauhelmen“ der Vereinten Nationen kam 2002 Rupert Neudeck - der humanitäre Aktivist und frühere Chef von cap anamur - auf die Idee, mit jungen muslimischen und christlichen Menschen Häuser und Dörfer, Schulen und Straßen, Hospitäler und Ambulanzen, Baumschulen und Gotteshäuser wieder aufzubauen, die in Kriegen oder durch Katastrophen zerstört worden sind. Die Grünhelme arbeiten vor Ort mit den Einheimischen, sie leben mit der Bevölkerung z.B. in Kabul oder Bagdad. Die Idee lehnt sich an die amerikanische Idee der Peace Corps. Junge Menschen sollen unentgeltlich und aus Idealismus im zivilen Friedensdienst die soziale und ökonomische Entwicklung vor Ort in Asien, Afrika und Lateinamerika fördern. Mittlerweile haben die „Grünhelme“ vieles in Bosnien, Afghanistan und Irak geleistet.

Die Helfer sind bereit, für drei Monate ohne Anbindung an irgendeinen Luxus in eine Krisenregion zu gehen und dabei nichts zu verdienen. Christen und Muslime und andere Menschen guten Willens bauen gemeinsam auf, was andere widerrechtlich zerschlagen haben. Sie bauen mit der eigenen Hände, Kraft und der Intelligenz von Bauingenieuren und Maurern, Zimmerleuten und Architekten, Maschinenbauern und Elektrikern, Logistikern und Klempnern und helfen vor Ort den Einheimischen. Bei dieser Arbeit verbünden und oft auch verbrüdern sich junge muslimische und junge christliche Deutsche. Der Wiederaufbau wird auch hier zum praktischen Religions- und Kulturdialog. Solche Projekte sagen oft mehr als viele Worte.

6. Proexistenz

Die Kirche kann den Dialog mit dem Islam immer nur als Kirche führen, nur als Zeugin christlichen Glaubens und ihrer ethischen Maßstäbe. So wenig der Dialog mit dem Islam unpolitisch ist, so wenig darf er sich politisch instrumentalisieren lassen.

Es entspricht dem evangelischen Grundverständnis der Kirche und ihrem Gottvertrauen, dass derjenige Schritte zum Frieden vollbringt, der „alles hofft“ (1.Kor.13,7) und dem fremden Gegenüber vertrauend die Hand reicht. Die Christliche Kirche begegnet dem Islam als einer benachbarten und auch verwandten Religion und im Respekt vor der ihm eigenen Spiritualität. Darum weiß sie auch zu unterscheiden zwischen dem Ideal der religiösen Lehre und dem praktisch gelebten Glauben und bringt im Dialog diese Ebenen nicht durcheinander. Die Kirche blickt auf die Religionen nicht „von oben“, weder von einer überlegenen noch von einer religionswissenschaftlichen Warte. Sie führt den Dialog auf Augenhöhe und hat sich dabei immer neu zu fragen, ob sie ihren Dialog in der Gottes- und Nächstenliebe (Mk.12,29-31) führt. In christlicher Verantwortung kann der Dialog der Kirchen kritisch, authentisch und unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus Soziologie, Missionswissenschaften und Religionswissenschaften arbeiten und hat auch bisher so gearbeitet, wie die Anfangsartikel dieses Buches es zeigen. Zukünftig wird der Säkularisierungsprozess unserer Gesellschaft und ihre wachsende Sympathie für eine laizistische Staatsdoktrin es um so notwendiger machen, dass die soziologisch relevanten Religionen in Deutschland in gegenseitigem Respekt und in verantwortlich gelebter Proexistenz aufeinander bezogen sind. Der Begriff der „Proexistenz“ hat sich zum wichtigen Maßstab des Handelns der Kirchen entwickelt. Er stammt aus dem Dialog von Christen und Muslimen in Indonesien. In Indonesien fand 1991 in Malang eine Konsultation der Kirchen mit dem Titel: „Building up creative and peaceful Pro-Existing“ statt. Proexistenz steht im Gegensatz zur Koexistenz, die ein Miteinander Leben, vielleicht auch nur ein nebeneinander-her-Leben meint. Demgegenüber meint Proexistenz ein Füreinander-Leben, ein Füreinander-Einstehen der Religionen. Wenn mein andersgläubiger Nachbar wegen seines Glaubens verspottet, gedemütigt, diskriminiert oder angegriffen wird, dann ist es meine Pflicht, zu sprechen und zu handeln. Oder wie es die evangelische Landeskirche in Lippe dieses Jahr ausgedrückt hat: „Unsere Achtung und Ehre ist die Achtung und Ehre des anderen“.

Damit möchte ich schließen. Ich möchte Ihnen den Begriff der Proexistenz ans Herz legen. Er steht für eine verantwortliche und respektvolle Grundhaltung der Religionen.